

## Pressemeldung Junglandwirte Niedersachsen e.V.

12.10.2015

### **Junglandwirte sind offen für mehr Tierwohl... ... sehen jedoch noch großen Forschungsbedarf**

„Als Junglandwirte Niedersachsen erkennen wir an, dass die Gesellschaft Veränderungen in der Schweinehaltung in Richtung mehr Tierwohl und Tierschutz wünscht“, stellt Matthias Teepker, Stellvertretender Vorsitzender der Junglandwirte Niedersachsen e.V., fest. Die Junglandwirte sind bereit, Veränderungen aktiv zu gestalten und voranzubringen. Voraussetzung ist allerdings ein konstruktives Miteinander aller Akteure in der Wertschöpfungskette „Schweinefleisch“, der Politik sowie der Wissenschaft.

Im Rahmen einer Norwegen-Exkursion des Niedersächsischen Landwirtschaftsministers, bei der Teepker, Sauenhalter aus dem Emsland, mitreiste, dass Niedersachsen in Sachen Tierwohl bereits viel erreicht hat. Viele Schweinehalter machen bereits mit bei der „Initiative Tierwohl“, einer Branchenvereinbarung, die den Tierhaltern viele praktische Möglichkeiten anbietet, um in ihren Ställen mehr Tierwohl umzusetzen. Derzeit wollen deutlich mehr Tierhalter an der Initiative teilnehmen als Mittel vorhanden sind. Die Junglandwirte vermissen, dass der Landwirtschaftsminister die Bemühungen im Rahmen dieses Programms anerkennt. Die derzeitige Landesagrarpolitik, die Stallbauten faktisch zum Erliegen bringt, verhindert stattdessen auch sämtliche Umbaumaßnahmen in Richtung mehr Tierwohl.

Die Umgestaltung der Schweinehaltung hin zu mehr Tierwohl stellt die Landwirte vor große finanzielle Herausforderungen. Aufwändige Stallumbauten, arbeitsintensivere Haltungsverfahren und geringere biologische Leistungen der Schweine haben steigende Produktionskosten zur Folge. Dies führt zu deutlichen Wettbewerbsnachteilen. Diese Nachteile müssen Gesellschaft und Politik ausgleichen, wenn sie wollen, dass die niedersächsischen Schweinehalter in Deutschland und in der Europäischen Union (EU) beim Tierschutz eine Vorreiterrolle einnehmen. Ziel muss es zudem sein, das Tierwohl auf EU-Ebene voranzutreiben. Die Schweinehaltung in Norwegen lässt sich nicht auf Niedersachsen übertragen. Denn – im Gegensatz zur EU – ist der Markt abgeschottet, die Verbraucherpreise werden aktiv hoch gehalten, und die Landwirte erhalten staatliche Ausgleichszahlungen.

Ferner ist es, so die Junglandwirte, unverzichtbare Kernaufgabe der Politik, den gesetzlichen Rahmen an die Herausforderung „Tierwohl“ anzupassen: Gesetze, Erlasse und Verordnungen sind so zu verändern, dass die Tierhalter vorhandene Ställe einfach und unbürokratisch umbauen und entsprechend des höheren Platzbedarfs für die Tiere erweitern können. Die Auflagen im Rahmen der erforderlichen Baugenehmigungen müssen sich dabei an den ursprünglichen Genehmigungen orientieren und dürfen nicht verschärft werden. Eine Abstimmung zwischen Landes- und Bundes- bzw. EU-Ebene sowie Ministerien-übergreifend ist zwingend notwendig.

Die Junglandwirte fordern Landwirtschaftsminister Meyer zu einem klaren Bekenntnis zum Veredelungsstandort Niedersachsen auf. „Der Strukturwandel lässt sich nur bremsen, wenn die Landesregierung das Ziel verfolgt, Schweinehalter zu stärken und bestehende Produktionskapazitäten zu erhalten“, bringt es Teepker auf den Punkt. „Insbesondere wir jungen Betriebsleiter brauchen Perspektiven, um unsere Unternehmen weiterentwickeln zu können.“

Ein Beispiel in puncto Forschungsbedarf ist der geplante Verzicht auf das Kupieren der Schweineschwänze. In den meisten Fällen wird der Verzicht umfassende Tierschutzprobleme auslösen, das sogenannte Schwanzbeißen. Dies hat viele Ursachen, die bis heute nur sehr unzureichend erforscht sind. Hier ist die Wissenschaft gefordert, gemeinsam mit den Landwirten nach praxistauglichen Lösungen zu suchen. Die Aufgabe ist nur zu meistern, wenn weitere Forschungsgelder zur Verfügung gestellt und entsprechende Beratungsleistungen finanziell gefördert werden.

Ein anderes Beispiel ist die Schweinezucht: Tierwohl-Merkmale müssen hier künftig stärker berücksichtigt und züchterisch bearbeitet werden. Dies wird viele Jahre dauern. Die Zuchtunternehmen müssen von Politik und Forschung hierbei unterstützt werden. Landwirte und Schlachtunternehmen sind einzubeziehen, um die Anforderungen an Tierhaltung, biologische Leistungen der Tiere und Schlachtkörperqualität zu berücksichtigen.

### **Fazit**

Die Umsetzung der genannten Aufgaben in Politik, Forschung und Landwirtschaft wird mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Dazu sind die Entwicklung eines Masterplans für die kommenden 15 Jahre sowie eine umfangreiche Folgenabschätzung unerlässlich. Die Landwirte sind dabei einzubeziehen. Die wirtschaftliche Betrachtung hat das Landwirtschaftsministerium in den vergangenen Jahren völlig außer Acht gelassen und so den Prozess zu mehr Tierwohl und Tierschutz ausgebremst. Um Anreize zu schaffen, mehr Tierwohl schnellstmöglich zu erreichen, benötigen die Tierhalter Fördermaßnahmen. Dazu würde sich z.B. das Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP) anbieten.